

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
38. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 24.03.2009 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:34

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Anette Braun-Kohl
Stv. Marlies Goetze
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Harald Giebels

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Bernd Stracke
Stv. Heinrich Wolfsperger
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Michael Ruppert

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jochen Sack

Vertretung für Stv. Andreas Rehm

UWG-Fraktion

Stv. Veli Malovic

Verwaltung

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld
Herr Bernd Duske
Beigeordnete/r Dagmar Formella
Herr Bernd Küper
Herr Günter Opfer
Herr Michael Rennert
Herr Wilhelm Terhardt

Herr Wolfgang Voos

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 38. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er/ stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1./ Bürgerantrag: Aussetzung der "Grünen Welle" auf der B 228
Vorlage: 10/024/2009

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

„Der Bürgerantrag wird zur weiteren Beratung in den Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschuss verwiesen.“

2./ Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen
Vorlage: 20/008/2009

Protokoll:

Bgm. vom Bover zeigt den aktuellen Sachstand der Beratungen auf und schlägt eine Vertagung der weiteren Beratungen in die Sitzung des Rates in der kommenden Woche vor, um die Antworten und aktuellen Informationen der Kämmerei (Tischvorlage) intensiv beraten zu können.

Bgo. Formella führt aus, man habe wie avisiert aktuell eine Abfrage bei in Haan ansässigen Firmen mit dem größten Gewerbesteueraufkommen gemacht. Danach sei ein weiterer Einbruch der Gewerbesteuerereinnahmen um weitere 2,0 Mio. € wahrscheinlich. Da die Ausgleichsrücklage im Gesamtplanungszeitraum komplett aufgebraucht werde, müssten weitere 5,28 Mio. € aus der allgemeinen Rücklage entnommen werden, um den Haushaltsausgleich zu erreichen. Damit schramme die Stadt Haan nur hauchdünn an einem Haushaltssicherungskonzept vorbei. Hinzu komme, dass die kleineren Gewerbesteuerzahler nicht befragt wurden. Primäres Ziel allen

Handelns müsse bleiben, die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten.

Bgm. vom Bover betont, die vorgeschlagenen Einsparpotenziale seien kein Dogma und aufgrund der Zeitknappheit nicht mit dem Technischen Dezernat abgestimmt worden. Sie seien als Vorschlag der Verwaltung anzusehen. Ausdrücklich rufe er zu konstruktiven Vorschlägen aus den Reihen der Politik auf, wie die Sparziele alternativ erreicht werden könnten. Lt. Auskunft der IHK hätten 16 Unternehmen in Haan bereits Kurzarbeit angemeldet. Es sei mit vielen Anträgen auf Reduzierung der Gewerbesteuervorauszahlung zu rechnen.

Stv. Pohler erklärt, in der heutigen Sitzung klare Signale geben zu wollen.

Stv. Lemke bittet die Verwaltung im Hinblick auf die von der CDU-Fraktion geplante globale Minderausgabe von 3 % um Konkretisierung, um die Größe der Stellschrauben besser zu kennen.

Stv. Kohl möchte die Ursache der Minderung der Gewerbesteuereinnahmen wissen.

StOVR Opfer erklärt, dass die zusätzlich prognostizierten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer auf einer Abfrage bei den steuerstärksten Gewerbesteuerzahlern beruhe. Es handele sich um die Vorauszahlungen für 2009. Es bleibe abzuwarten, in welcher Höhe die einzelnen Betriebe tatsächlich Anträge aus Herabsetzung der Vorauszahlung stellen würden.

Stv. Ruppert stellt einen erheblichen Überhang von zurückgestellten Instandhaltungsmaßnahmen fest und fragt, ob dieser Überhang überhaupt relativ zeitnah abgewickelt werden könne.

Bgo. Formella erklärt, die Antwort liefere die Seite V 37 (Vorbericht) des Haushaltsplanentwurfes, der die zeitliche und projektbezogene Arbeitsplanung darstelle. Die Mittel für die Erweiterungen der OGS seien bislang noch nicht enthalten. Die Verwaltung werde zur Sitzung des Rates ein weiteres Ergänzungspapier nachreichen.

StOVR Opfer ergänzt, dass wegen der Umstellung auf NKF Haushaltsmittel, die kamental als Haushaltsausgabereste in das nächste Jahr übertragen worden wären, jetzt erneut als Haushaltsansatz veranschlagt werden mussten.

Stv. Kohl erkundigt sich nach dem Gerücht, die Kreisumlage könnte gesenkt werden.

StOVR Opfer macht deutlich, dass sich diese Hoffnung wohl nicht realisieren werde. Der Rückgang der Steuereinnahmen bei den kreisangehörigen Gemeinden führe zu einer Minderung der Umlagegrundlagen für die Berechnung der Kreisumlage, so dass mit einem Anstieg des Kreisumlagesatzes zu rechnen sei.

Stv. Pohler fragt, wie sich eine zeitliche Verschiebung des Gewerbegebietes Fürkeltrath auf die Zeit nach 2012 mit den Plänen der Stadt Solingen vereinbaren ließe.

Bgm. vom Bover führt aus, dass die Stadt Solingen derzeit schon die problematische Vermarktung des Gewerbegebietes Piepersberg zu stemmen habe und den Solingern eine Verschiebung des Projektes wohl durchaus entgegenkomme.

Stv. Lemke möchte wissen, ob die Maßnahme Sportplatz Windfoche ohne Konsequenzen verschoben werden könne.

Bgo. Buckesfeld erklärt, dass es durchaus Abhängigkeiten gebe, die in diesem Falle als nicht unproblematisch einzustufen seien. Aus seiner Sicht sei diese Sparmaßnahme nicht der geeignete Platzhalter für diese Position.

Stv. Drennhaus sieht in der Verzögerung dieser Maßnahme auch positive Effekte, die der Stadt entgegen kämen (nicht zu tätige Grundstückankäufe etc.).

Bgm. vom Bovert versichert, die Stadt handle hier mit der gebotenen Vorsicht in Hinblick auf die aktuelle finanzielle Situation.

Bgo. Formella fügt an, dass noch keine Erschließungskosten für diese Maßnahme veranschlagt worden sei.

Bgo. Buckesfeld kann sich als Varianten vorstellen, nur einen Teil der Südumgebung zu bauen bzw. den Sportplatz Windfoche nur zu erschließen, das Grundstück aber nicht anzukaufen.

Stv. Lemke gibt zu bedenken, dass den Bürgern andere Signale gegeben worden seien.

Stv. Kohl macht deutlich, die FDP-Fraktion priorisiere die Vermarktung des Gewerbegebietes Champagne ².

Stv. Pohler stellt dar, dass die Verschiebung der Maßnahme „Fürkeltrath“ nicht ausreiche. Es müssten auch die wirtschaftlichen Gegenströme beachtet und der Sanierungsstau zügig angepackt werden, um sich nicht unglaubwürdig zu machen.

Bgm. vom Bovert versichert, die Idee der Investorensuche werde weiterhin verfolgt, um neue finanzielle Spielräume zu erschließen, z.B. einen Investor für die Verlagerung des Bürgerhauses Gruiten.

Stv. Holberg erkundigt sich, wann die Verwaltung die Kosten für die OGS-Erweiterung nennen werde.

Bgo. Formella erläutert, der Pavillon der Don-Bosco-Schule sei ohne Aufstockung bereits etatisiert, die Maßnahme für Gruiten fehle aber komplett im Etat. Es sei auch eine Willensbildung im Schul- und Sportausschuss erforderlich, ob Haushaltsgelder für diese Maßnahmen bereit gestellt werden sollen.

Stv. Goetze sieht die Don-Bosco-Schule in einer schwierigen Raumsituation und fragt, ob nicht der Baubeginn ohne Aufstockung begonnen werden könne.

Bgo. Buckesfeld erklärt, dies sei zwar jederzeit möglich, habe aber gewisse bautechnische Konsequenzen. Der Rat müsse entscheiden, wie schnell das Bauprojekt durchgezogen werden solle, die monetären Konsequenzen seien nur schwer abschätzbar und vom Verhalten des Bauunternehmers abhängig.

Stv. Lemke erklärt, es sei einhellige Meinung des JHA gewesen, in Griten keine Container-Dörfer errichten zu wollen. Er bitte die Verwaltung, bis zur nächsten Woche die konkreten Raumbedarfe zu ermitteln.

Stv. Pohler appelliert, für die OGS-Maßnahmen an der Don-Bosco-Schule und in Griten vernünftige Lösungen zu finden.

Stv. Wetterau sieht Probleme im Investitionsbereich des Haushaltes. Daher wirbt er für die Idee der CDU-Fraktion, eine globale Minderausgabe von 3 % vorzusehen. Diese beinhalte auch eine Einsparung im Personal- und Sachbereich und schaffe den notwendigen finanziellen Freiraum.

Stv. Pohler entgegnet, bei den Personalkosten sei keine 3 %ige Einsparung möglich, die Verwaltung müsse auch vernünftig arbeiten können. Zudem seien die immer höheren Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst zu bedenken. Daher lehne seine Fraktion eine globale Minderausgabe ab.

Stv. Malovic erklärt für die UWG-Fraktion, die OGS-Maßnahmen seien wichtig und müssten umgesetzt werden und warnt vor einem weiteren Schuldenberg bei den Bauinvestitionen.

Stv. Wetterau erläutert, der Begriff globale Minderausgabe müsse als dynamischer Prozess verstanden werden. Die 3 % Einsparung würden sicher nicht in jedem Bereich erreicht werden können. Er halte es aber für wichtig, umgehend auf einbrechende Einnahmen zu reagieren.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

„Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird die Beschlussfassung auf die Sitzung des Rates in der kommenden Woche verwiesen.“

2.1. Stellenplan

/ Vorlage: 10/016/2009

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

„Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird die Beschlussfassung auf die Sitzung des Rates in der kommenden Woche verwiesen.“

**3./ Satzung der Stadt Haan über die 5. Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Friedhof in Haan
Vorlage: 60/009/2009**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung, Kalkulationszeitraum 2009 für den Waldfriedhof wird beschlossen.“

Die Satzung der Stadt Haan über die 5. Änderung der Gebührensatzung für den städt. Friedhof in Haan wird beschlossen.“

**4./ Satzung der Stadt Haan über die 1. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen auf dem städtischen Waldfriedhof in Haan
Vorlage: 60/010/2009/1**

Protokoll:

Stv. Pohler äußert den Wunsch, der Fachausschuss möge die Thematik für die Zu-

kunft entsprechend beraten und auf die veränderten Bedingungen im Bestattungswesen reagieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Satzung der Stadt Haan über die 1. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen auf dem städtischen Waldfriedhof in Haan/Rhld., Leichlinger Straße, (Friedhofsatzung, Anlage 2) wird beschlossen.“

**5./ Bahnhöfe im Stadtgebiet
hier: Grundsatzbeschluss zum Maßnahmenplan (Gruitener Bahnhof);
Beantragung von Fördermitteln für Infrastrukturmaßnahmen
Vorlage: 61/021/2009**

Protokoll:

Bgo. Buckesfeld erläutert die Vorlage. Bei diesem klassischen Vorratsantrag handele es sich um eine Absicherung zwischen Rat und Verwaltung, einen Antrag zu stellen, um Fördermittel für Infrastrukturmaßnahmen zu erhalten. Nur so bestehe die Chance, Mittel aus dem Fördertopf des Landes zu bekommen. Selbst im Falle einer Bewilligung sei die Maßnahme noch durch den Rat ablehnbar, etwa wenn festgestellt werde, es sei nicht genug Eigenkapital vorhanden.

Stv. Pohler signalisiert die grundsätzliche Zustimmung der SPD-Fraktion, lediglich Anlage 1 sei grafisch zu überarbeiten. Zudem rege er an, die Parkplätze im Vordergrund des Bahnhofes zeitlich zu beschränken, immer wieder stellten Dauerparker ein Ärgernis dar. Auch seien am Bahnhof Gruiten 2 Aufzüge dringend erforderlich.

Bgo. Buckesfeld macht noch mal deutlich, dass hier und heute keine inhaltliche Auseinandersetzung gefordert sei.

Stv. Wolfsperger bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorlage und sieht darin einen wichtigen ersten Schritt.

Stv. Sack vertritt die Auffassung, es müsse ein Signal nach außen gehen, dass Haans Bahnhöfe höchste Priorität genießen.

Stv. Lemke ergänzt, der Bahnhof in Gruiten stelle eine zunehmende Erschwernis für Ältere und Kranke dar, daher sollte der Antrag auf jeden Fall gestellt werden.

Die FDP-Fraktion weist auf einen sicher nicht unerheblichen Eigenanteil bei diesen Maßnahmen hin, möchte diesen Antrag aber dennoch unterstützen.

Bgm. vom Bovert schließt mit dem Hinweis, dass Haan in dieser Thematik aufgrund der durchgeführten Maßnahmen im Bahnhofsumfeld ein gutes Image beim Land genieße und die Chancen auf eine Bezuschussung nicht so schlecht stünden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- „1. Dem Maßnahmenplan für den Gruitener Bahnhof entsprechend der Sitzungsvorlage wird zugestimmt.
2. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an den Bahnhöfen im Stadtgebiet sind Fördermittel für Infrastrukturmaßnahmen, wie in der Sitzungsvorlage aufgeführt, zu beantragen.“

6./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl berichtet, der Düsseldorfer Rat habe in seiner Sitzung am 19.3.09 Maßnahmen beschlossen, die aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II finanziert werden sollen. Sie fragt, ob die gleiche Zielstrebigkeit nicht auch in Haan gelten könne bzw. wer das Heft des Handelns in dieser Frage derzeit in der Hand halte.

Bgm. vom Bovert hält die beiden Städte aufgrund der unterschiedlichen Größenordnung nicht für vergleichbar. Auch Düsseldorf tappe - was die Förderfähigkeitsvorgaben des Bundes angehe - weiterhin im Dunkeln wie Haan.

Bgo. Formella fügt hinzu, auch die Stadt Düsseldorf wisse derzeit nicht, wie sie Gelder aus dem Konjunkturpaket II verwenden dürfe. Die Förderinhalte seien nach wie vor nicht hinreichend bestimmt worden. Die Verwaltung werde umgehend tätig, sobald diese bekannt seien.

Bgo. Buckesfeld ergänzt noch, der Vorteil der Stadt Haan sei, dass man seinen Ge-

bäudebestand sehr genau kenne und kurzfristig reagieren könne. Es würden nur wirtschaftliche und nachhaltige Maßnahmen in Angriff genommen.

Stv. Pohler fragt, ob die Martin-Luther-Straße im Tausch mit der Turnstraße bereits zur Kreisstraße klassifiziert worden sei.

Bgo. Buckesfeld erläutert, der Kreis habe entsprechende Mittel hierfür bereits vorgesehen, der PIUVA werde bei Vorliegen weiterer Details den PIUVA entsprechend beteiligen.

7./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm. vom Bovert verweist auf ein Informationsschreiben der Rechtsanwälte der Stadt Haan in der Sache Bebauungsplan Windhövel, die am Donnerstag vergangener Woche in Münster vor Gericht verhandelt worden sei.

StORR Rennert führt aus, das Gericht habe den Bebauungsplan für unwirksam erklärt, weil eine Abwägung nicht erfolgt sei. Nach einer Behebung dieses Fehlers könne der Bebauungsplan rechtsverbindlich werden. Der hauptsächliche Mangel liege in der fehlenden Berücksichtigung in der Verkehrslärbetrachtung, dass sich eine Wohnnutzung auch in der Nacht bemerkbar machen würde. Das Gericht sei ergebnisoffen in die Verhandlung gegangen und habe im Grundsatz keine rechtlichen Bedenken gegenüber der politischen Absicht gehabt, ein Einkaufscenter mit der angebotenen Größe in einem Kerngebiet an der geplanten Stelle zu errichten. Nun warte man die schriftliche Urteilsbegründung ab.

